



Gesetz- und Verordnungsblatt

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

39. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 23. Dezember 1985

Nummer 70

Stell- Nr.	Datum	Inhalt	Seite
2023	6. 12. 1985	Verordnung über die Entschädigung der Mitglieder kommunaler Vertretungen und Ausschüsse (Entschädigungsverordnung – EntschVO –)	736
20320	6. 12. 1985	Zehnte Verordnung zur Änderung der Verordnung zur Abgeltung der Bürokosten der Gerichtsvollzieher	742
2128	6. 12. 1985	Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz (ZV-KHG)	737
600	3. 12. 1985	Verordnung über die Bestimmung der Bezirke der Finanzämter Düsseldorf-Hilden, Düsseldorf-Mettmann, Düsseldorf-Süd und Velbert und über die Regelung erweiterter Zuständigkeiten	738
97	4. 12. 1985	Verordnung NW TS Nr. 3/85 zur Änderung der Verordnung NW TS Nr. 3/80 über einen Tarif für die Beförderung von Milch in Milchtankwagen im allgemeinen Güternahverkehr (§ 80 Güterkraftverkehrsgesetz) in Nordrhein-Westfalen	738

2023

**Verordnung
über die Entschädigung der Mitglieder
kommunaler Vertretungen und Ausschüsse
(Entschädigungsverordnung - EntschVO -)**

Vom 6. Dezember 1985

Auf Grund des § 13 a Abs. 4 Satz 2 und 5, des § 13 d Abs. 7 Satz 6, des § 30 Abs. 5 Satz 4 und des § 119 Abs. 1 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. August 1984 (GV. NW. S. 475), des § 22 Abs. 5 Satz 4 und des § 56 der Kreisordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. August 1984 (GV. NW. S. 497), des § 16 Abs. 2 Satz 4 und des § 35 der Landschaftsverbandsordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. August 1984 (GV. NW. S. 544) und des § 20 Abs. 2 Satz 4 des Gesetzes über den Kommunalverband Ruhrgebiet in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. August 1984 (GV. NW. S. 538) wird mit Zustimmung des Ausschusses für Kommunalpolitik des Landtags verordnet:

§ 1

Mitglieder kommunaler Vertretungen

(1) Aufwandsentschädigungen für Mitglieder kommunaler Vertretungen können gezahlt werden

- a) ausschließlich als monatliche Pauschale oder
- b) gleichzeitig als monatliche Pauschale und Sitzungsgeld.

Mitglieder der Landschaftsversammlungen und Mitglieder der Verbandsversammlung des Kommunalverbandes Ruhrgebiet können auch ausschließlich Sitzungsgeld erhalten.

(2) Aufwandsentschädigungen dürfen folgende Höchstsätze nicht überschreiten:

1. bei Ratsmitgliedern
 - a) ausschließlich als monatliche Pauschale in Gemeinden

bis 20 000 Einwohner	280 DM,
von 20 001 bis 50 000 Einwohner	382 DM,
von 50 001 bis 150 000 Einwohner	509 DM,
von 150 001 bis 450 000 Einwohner	635 DM,
über 450 000 Einwohner	761 DM;
 - b) gleichzeitig als monatliche Pauschale und Sitzungsgeld in Gemeinden

	monatliche Pauschale	Sitzungsgeld
bis 20 000 Einwohner	150 DM	26 DM,
20 001 bis 50 000 Einwohner	252 DM	26 DM,
50 001 bis 150 000 Einwohner	379 DM	26 DM,
150 001 bis 450 000 Einwohner	505 DM	26 DM,
über 450 000 Einwohner	631 DM	26 DM;
2. bei Kreistagsmitgliedern
 - a) ausschließlich als monatliche Pauschale in Kreisen

bis 250 000 Einwohner	457 DM,
über 250 000 Einwohner	583 DM;
 - b) gleichzeitig als monatliche Pauschale und Sitzungsgeld in Kreisen

	monatliche Pauschale	Sitzungsgeld
bis 250 000 Einwohner	379 DM	26 DM,
über 250 000 Einwohner	505 DM	26 DM;
3. bei Mitgliedern der Bezirksvertretungen in kreisfreien Städten ausschließlich als monatliche Pauschale 250 DM;
4. bei Mitgliedern der Landschaftsversammlungen und der Verbandsversammlung des Kommunalverbandes Ruhrgebiet
 - a) ausschließlich als monatliche Pauschale 256 DM,

- b) gleichzeitig als monatliche Pauschale und Sitzungsgeld

monatliche Pauschale	126 DM,
Sitzungsgeld	65 DM,
- c) ausschließlich als Sitzungsgeld 130 DM.

§ 2

Sachkundige Bürger und sachkundige Einwohner

Sitzungsgelder dürfen folgende Höchstsätze nicht überschreiten:

1. bei sachkundigen Bürgern im Sinne des § 42 Abs. 1 und 3 der Gemeindeordnung und sachkundigen Einwohnern im Sinne des § 42 Abs. 4 der Gemeindeordnung in Gemeinden

bis 20 000 Einwohner	26 DM,
von 20 001 bis 50 000 Einwohner	33 DM,
von 50 001 bis 150 000 Einwohner	39 DM,
von 150 001 bis 450 000 Einwohner	46 DM,
über 450 000 Einwohner	53 DM;
2. bei sachkundigen Bürgern im Sinne des § 32 Abs. 3 und 5 der Kreisordnung und sachkundigen Einwohnern im Sinne des § 32 Abs. 6 der Kreisordnung in Kreisen

bis 250 000 Einwohner	46 DM,
über 250 000 Einwohner	53 DM;
3. bei sachkundigen Bürgern im Sinne des § 12 Abs. 3 und des § 13 Abs. 3 der Landschaftsverbandsordnung sowie des § 16 Abs. 3 und des § 17 Abs. 2 und 3 des Gesetzes über den Kommunalverband Ruhrgebiet 78 DM.

§ 3

**Bezirksvorsteher,
Stellvertreter des Bezirksvorstehers,
Fraktionsvorsitzende in Bezirksvertretungen,
Ortsvorsteher**

(1) Die zusätzliche Aufwandsentschädigung darf folgende Höchstsätze nicht überschreiten:

- a) bei Bezirksvorstehern monatlich 500 DM,
- b) bei ersten und zweiten Stellvertretern des Bezirksvorstehers monatlich 250 DM,
- c) bei weiteren Stellvertretern des Bezirksvorstehers monatlich 125 DM,
- d) bei Fraktionsvorsitzenden in Bezirksvertretungen monatlich 250 DM.

(2) Die Aufwandsentschädigung darf bei Ortsvorstehern in kreisangehörigen Gemeinden den Höchstsatz von monatlich 250 DM nicht überschreiten. Der Anspruch des zum Ehrenbeamten ernannten Ortsvorstehers auf Ersatz seiner Auslagen, die durch die Erledigung der ihm übertragenen Geschäfte der laufenden Verwaltung entstanden sind (§ 25 Abs. 1 Satz 1 der Gemeindeordnung), bleibt unberührt.

§ 4

Allgemeines

(1) Für die Einwohnerzahlen in § 1 Abs. 2 Nr. 1 und 2 sowie in § 2 Nr. 1 und 2 sind die Einwohnerzahlen maßgebend, die nach § 87 der Kommunalwahlordnung der Wahl der Vertretung zugrunde gelegt haben.

(2) Aufwandsentschädigungen nach den §§ 1 bis 3 können nebeneinander bezogen werden, wenn sie auf mehreren Ämtern beruhen.

(3) Aufwandsentschädigungen in Form einer monatlichen Pauschale werden unabhängig von Beginn oder Ende der Tätigkeit jeweils für einen ganzen Kalendermonat gewährt.

(4) Die für Sitzungsgelder festgesetzten Höchstsätze gelten für eine Sitzung. Wird eine Sitzungsdauer von insgesamt sechs Stunden überschritten, kann höchstens ein weiteres Sitzungsgeld gewährt werden. Bei mehreren Sitzungen an einem Tag dürfen nicht mehr als zwei Sitzungsgelder gewährt werden.

§ 5

Fahrkosten

(1) Mitgliedern kommunaler Vertretungen und Ausschüsse sowie Ortsvorstehern werden die Fahrkosten, die

ihnen durch Fahrten zum Sitzungsort und zurück entstehen, erstattet, höchstens jedoch in Höhe der Kosten der Fahrten von der Wohnung zum Sitzungsort und zurück. Bei mehreren Wohnungen ist von der Hauptwohnung auszugehen. Entsprechendes gilt für Fahrkosten aus Anlaß der Repräsentation der kommunalen Körperschaft, die dem Vorsitzenden oder – auf Veranlassung des Vorsitzenden oder der Vertretung – seinen Stellvertretern oder anderen Mitgliedern der Vertretung entstehen, soweit es sich nicht um Dienstreisen (§ 6) handelt.

(2) Die Fahrkostenerstattung für die Benutzung regelmäßig verkehrender Beförderungsmittel kann durch Freifahrtscheine abgegolten werden.

(3) Bei Benutzung eines Kraftfahrzeugs ist eine Entschädigung von 42 Pfennig je Kilometer zulässig.

(4) Mitgliedern der Landschaftsversammlungen und sachkundigen Bürgern im Sinne des § 12 Abs. 3 und des § 13 Abs. 3 der Landschaftsverbandsordnung sowie Mitgliedern der Verbandsversammlung des Kommunalverbandes Ruhrgebiet und sachkundigen Bürgern im Sinne des § 16 Abs. 3 und des § 17 Abs. 2 und 3 des Gesetzes über den Kommunalverband Ruhrgebiet kann außerdem ein Übernachtungsgeld gezahlt werden, wenn die An- und Abreise am Sitzungstag nicht möglich oder nicht zumutbar war. Dasselbe gilt, wenn Sitzungen oder sonstige Veranstaltungen sich über zwei oder mehrere Tage erstrecken. Das in der Satzung festzusetzende Übernachtungsgeld darf den nach dem Landesreisekostengesetz für die Reisekostenstufe C zulässigen Betrag nicht übersteigen.

§ 6

Reisekostenvergütung

(1) Für genehmigte Dienstreisen erhalten Mitglieder kommunaler Vertretungen und Ausschüsse sowie Ortsvorsteher Reisekostenvergütung nach Maßgabe des Landesreisekostengesetzes. Zugrunde zu legen ist die Reisekostenstufe des Hauptverwaltungsbeamten. Bei Benutzung eines Kraftfahrzeugs ist unabhängig von den Vorschriften des Landesreisekostengesetzes eine Entschädigung von 42 Pfennig je Kilometer zulässig.

(2) Neben Reisekostenvergütung dürfen keine Sitzungsgelder gewährt werden.

§ 7

Zusätzliche Unfallversicherung

Neben der gemäß § 539 Abs. 1 Nr. 13 RVO bestehenden gesetzlichen Unfallversicherung kann für Mitglieder kommunaler Vertretungen und Ausschüsse sowie für Ortsvorsteher zusätzlich eine angemessene private Unfallversicherung abgeschlossen werden.

§ 8

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1986 in Kraft. Gleichzeitig tritt die Entschädigungsverordnung vom 13. März 1975 (GV. NW. S. 268), zuletzt geändert durch Verordnung vom 10. Dezember 1984 (GV. NW. S. 751), außer Kraft.

Düsseldorf, den 6. Dezember 1985

Der Innenminister
des Landes Nordrhein-Westfalen
Schnoor

– GV. NW. 1985 S. 736.

2128

Verordnung zur Regelung von Zuständigkeiten nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz (ZV-KHG)

Vom 6. Dezember 1985

Aufgrund des § 5 Abs. 3 Satz 1 des Landesorganisationsgesetzes –LOG. NW. – vom 10. Juli 1962 (GV. NW. S. 421), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. Juni 1984 (GV. NW. S. 370), insoweit nach Anhörung des Ausschusses für Ar-

beit, Gesundheit, Soziales und Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge des Landtags, und des § 7 Abs. 4 Satz 2 LOG. NW. wird verordnet:

§ 1

Der Regierungspräsident ist zuständige Behörde für die Durchführung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes – KHG – vom 29. Juni 1972 (BGBl. I S. 1009), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20. Dezember 1984 (BGBl. I S. 1716), und für die Durchführung der Bundespflegesatzverordnung – BpflV – vom 21. August 1985 (BGBl. I S. 1666), soweit nicht in den §§ 2 und 3 dieser Verordnung etwas anderes geregelt ist.

§ 2

Für die in § 1 genannten Aufgaben sind zuständig:

- a) für die Krankenhäuser der Bundesknappschaft der Regierungspräsident Arnsberg,
- b) für die Krankenhäuser des Landschaftsverbandes Rheinland der Regierungspräsident Köln,
- c) für die Krankenhäuser des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe der Regierungspräsident Münster.

Satz 1 gilt nicht hinsichtlich der Durchführung der Bundespflegesatzverordnung und der Gewährung von Anlauf- und Umstellungskosten.

§ 3

Der Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales ist zuständig für

1. die Abstimmung nach § 10 Satz 1 KHG,
2. die Genehmigung von vereinbarten oder festgesetzten Pflegesätzen nach § 18 Abs. 5 KHG, soweit sie Sonderentgelte nach § 6 BpflV betreffen,
3. die Bestellung des Vorsitzenden und seines Stellvertreters nach § 18 a Abs. 2 Satz 4 2. Halbsatz KHG,
4. die Rechtsaufsicht über die Schiedsstelle nach § 18 a Abs. 5 KHG,
5. das Auskunftsverlangen nach § 28 Abs. 1 KHG,
6. die Bestellung und Berufung der Vertreter im Landespflegesatzausschuß sowie für die Geschäftsführung dieses Ausschusses nach § 20 Abs. 2 Satz 2 und 3 sowie Abs. 3 BpflV.

§ 4

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1986 in Kraft. Gleichzeitig treten die §§ 1 bis 4 und 6 bis 8 der Verordnung zur Durchführung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes – KHG – sowie des Krankenhausgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen – KHG NW – (DV – KHG) vom 8. Februar 1983 (GV. NW. S. 49) außer Kraft.

Düsseldorf, den 6. Dezember 1985

Die Landesregierung
des Landes Nordrhein-Westfalen

(L. S.) Der Ministerpräsident
Johannes Rau

Der Minister für
Arbeit, Gesundheit und Soziales
Hermann Heinemann

– GV. NW. 1985 S. 737.

600

**Verordnung
über die Bestimmung der Bezirke der Finanzämter
Düsseldorf-Hilden, Düsseldorf-Mettmann,
Düsseldorf-Süd und Velbert
und
über die Regelung erweiterter Zuständigkeiten**

Vom 3. Dezember 1985

Aufgrund des § 17 Abs. 1 und Abs. 2 des Finanzverwaltungsgesetzes in der Fassung des Gesetzes vom 30. August 1971 (BGBl. I S. 1426), zuletzt geändert durch Gesetz vom 14. Dezember 1984 (BGBl. I S. 1493), in Verbindung mit § 1 der Verordnung über die Ermächtigung des Finanzministers zur Regelung zentraler Zuständigkeiten in der Steuerverwaltung vom 29. Februar 1972 (GV. NW. S. 35) und in Verbindung mit § 204 des Lastenausgleichsgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 1969 (BGBl. I S. 1909), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. April 1985 (BGBl. I S. 629), sowie der §§ 387 Abs. 2 und 409 Satz 2 der Abgabenordnung vom 16. März 1976 (BGBl. I S. 613), zuletzt geändert durch Gesetz vom 22. Dezember 1983 (BGBl. I S. 1583), in Verbindung mit § 2 der Verordnung über die Zuständigkeit der Finanzämter bei Steuerstraftaten und Steuerordnungswidrigkeiten sowie Ordnungswidrigkeiten nach dem Steuerberatungsgesetz vom 2. Dezember 1969 (GV. NW. S. 900), zuletzt geändert durch Verordnung vom 10. April 1985 (GV. NW. S. 310), wird verordnet:

Artikel I

§ 1

(1) Es wird ein neues Finanzamt mit Sitz in Düsseldorf errichtet. Dieses Finanzamt erhält die Bezeichnung Düsseldorf-Hilden.

(2) Der Bezirk des Finanzamts Düsseldorf-Hilden umfaßt vom Kreis Mettmann die Städte Haan, Hilden, Langenfeld und Monheim.

§ 2

Der Bezirk des Finanzamts Düsseldorf-Mettmann umfaßt vom Kreis Mettmann die Städte Erkrath, Mettmann und Ratingen.

§ 3

Der Bezirk des Finanzamts Düsseldorf-Süd umfaßt von der kreisfreien Stadt Düsseldorf die Stadtteile Benrath, Bilk, Eller, Flehe, Garath, Hamm, Hassels, Hellerhof, Himmelgeist, Holthausen, Itter, Reisholz, Unterbach, Unterbilk, Urdenbach, Vennhausen, Volmerswerth und Wersten.

§ 4

Der Bezirk des Finanzamts Velbert umfaßt vom Kreis Mettmann die Städte Heiligenhaus, Velbert und Wülfrath.

Artikel II

§ 1

§ 1 Nr. 1 Buchstabe d) der Verordnung über die Zuständigkeit der Finanzämter bei Steuerstraftaten und Steuerordnungswidrigkeiten sowie Ordnungswidrigkeiten nach dem Steuerberatungsgesetz vom 2. Dezember 1969 (GV. NW. S. 900), zuletzt geändert durch Verordnung vom 10. April 1985 (GV. NW. S. 310), erhält folgende Fassung:

„d) dem Finanzamt Wuppertal-Elberfeld für den Bereich der Finanzämter Düsseldorf-Hilden, Düsseldorf-Mettmann, Remscheid, Solingen-Ost, Solingen-West, Velbert, Wuppertal-Barmen;“

§ 2

§ 1 Nr. 1 der Verordnung über die Änderung der örtlichen Zuständigkeit für die Verwaltung der Vermögensabgabe und der Kreditgewinnabgabe vom 6. Juli 1973 (GV. NW. S. 366), zuletzt geändert durch Verordnung vom 10. April 1985 (GV. NW. S. 310), erhält folgende Fassung:

„1. die Bezirke der Finanzämter Düsseldorf-Hilden, Düsseldorf-Mettmann, Düsseldorf-Mitte, Düsseldorf-Nord, Düsseldorf-Süd, Neuss I, Neuss II und Velbert dem Finanzamt Düsseldorf-Altstadt;“

§ 3

Artikel I § 5 Nr. 1 der Verordnung über die Bestimmung der Bezirke der Finanzämter Düsseldorf-Altstadt, Düsseldorf-Mitte, Düsseldorf-Nord und Düsseldorf-Süd und über die Regelung erweiterter Zuständigkeiten von Finanzämtern vom 7. Oktober 1974 (GV. NW. S. 1044), zuletzt geändert durch Verordnung vom 5. Oktober 1983 (GV. NW. S. 429), erhält folgende Fassung:

„1. die Verwaltung der Gesellschaftsteuer, Börsenumsatzsteuer, Wechselsteuer, Versicherungsteuer, Feuer-schutzsteuer, Erbschaftsteuer, Vermögensabgabe und Kreditgewinnabgabe für die Bezirke der Finanzämter Düsseldorf-Hilden, Düsseldorf-Mettmann, Düsseldorf-Mitte, Düsseldorf-Nord, Düsseldorf-Süd, Neuss I, Neuss II und Velbert;“

Artikel III

(1) Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1986 in Kraft.

(2) Gleichzeitig treten außer Kraft:

1. § 4 der Verordnung über die Bestimmung der Bezirke der Finanzämter Düsseldorf-Altstadt, Düsseldorf-Mitte, Düsseldorf-Nord und Düsseldorf-Süd und über die Regelung erweiterter Zuständigkeiten von Finanzämtern vom 7. Oktober 1974 (GV. NW. S. 1044), zuletzt geändert durch Verordnung vom 5. Oktober 1983 (GV. NW. S. 429),
2. § 1 des Artikels I der Verordnung über die Bestimmung der Bezirke und die Regelung erweiterter Zuständigkeiten von Finanzämtern im Neugliederungsraum Düsseldorf vom 4. Dezember 1974 (GV. NW. S. 1541), zuletzt geändert durch Verordnung vom 5. Oktober 1983 (GV. NW. S. 429),
3. §§ 1, 2 und 4 des Artikels I der Verordnung über die Bestimmung der Bezirke der Finanzämter Velbert, Düsseldorf-Mettmann, Düsseldorf-Nord, Düsseldorf-Süd, Leverkusen und Lennep und über die Regelung erweiterter Zuständigkeiten vom 21. Oktober 1975 (GV. NW. S. 578), geändert durch Verordnung vom 29. Juni 1979 (GV. NW. S. 520),
4. § 1 des Artikels I der Verordnung über die Bestimmung der Bezirke der Finanzämter Düsseldorf-Süd, Krefeld und Neuss und über die Regelung erweiterter Zuständigkeiten vom 21. Juli 1976 (GV. NW. S. 298), geändert durch Verordnung vom 5. Oktober 1983 (GV. NW. S. 429).

Düsseldorf, den 3. Dezember 1985

Der Finanzminister
des Landes Nordrhein-Westfalen

Posser

– GV. NW. 1985 S. 738.

97

**Verordnung NW TS Nr. 3/85
zur Änderung der Verordnung NW TS Nr. 3/80 über
einen Tarif für die Beförderung von Milch in
Milchtankwagen im allgemeinen Güternahverkehr
(§ 80 Güterkraftverkehrsgesetz) in
Nordrhein-Westfalen**

Vom 4. Dezember 1985

Aufgrund des § 84g Güterkraftverkehrsgesetz (GüKG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. März 1983 (BGBl. I S. 256) sowie aufgrund von § 4 der Verordnung über die Ermächtigung zum Erlass von Rechtsverordnungen und über die Bestimmung der zuständigen Behörden nach dem Güterkraftverkehrsgesetz (GüKG) vom 25. Juni 1962 (GV. NW. S. 362), zuletzt geändert durch Verordnung vom 16. November 1979 (GV. NW. S. 876), wird im Benehmen mit den Bundesministern für Verkehr und für Wirtschaft verordnet:

Artikel I

Die Verordnung NW TS Nr. 3/80 über einen Tarif für die Beförderung von Milch in Milchtankwagen im allgemei-

nen Güternahverkehr (§ 80 Güterkraftverkehrsgesetz) in Nordrhein-Westfalen vom 11. Juni 1980 (GV. NW. S. 670), geändert durch Verordnung vom 17. August 1983 (GV. NW. S. 379), wird wie folgt geändert:

1. In § 2 werden die Wörter „mit Ausnahme der Ladevorgänge nach § 3 Abs. 4“ gestrichen.
2. § 3 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 4 wird gestrichen.
 - b) Der bisherige Absatz 5 wird Absatz 4.
3. § 4 wird wie folgt geändert:
 - a) In Buchstabe b) wird der Betrag „10 100,- DM“ durch den Betrag „9 800,- DM“ ersetzt.
 - b) In Buchstabe c) werden der Betrag „0,37 DM“ durch den Betrag „0,42 DM“ und der Betrag „0,98 DM“ durch den Betrag „1,03 DM“ ersetzt.
4. In § 5 Satz 2 wird der Betrag „0,85 Pf“ durch den Betrag „0,90 Pf“ ersetzt.
5. In § 6 Abs. 2 Nr. 3 wird das Zitat „§ 3 Abs. 2 bis 5“ durch das Zitat „§ 3 Abs. 2 bis 4“ ersetzt.

6. Die Anlage erhält folgende Fassung:

Anlage																
zur Verordnung NW TS Nr. 3/80																
Tarifsätze in Pfennigen pro Liter																
Jahres- kilometer bis	Jahresmilchmenge - in tausend Litern - bis															
	4 000	4 250	4 500	4 750	5 000	5 250	5 500	5 750	6 000	6 250	6 500	6 750	7 000	7 250	7 500	7 750
20.000	2,30	2,19	2,09	2,00	1,91	1,84	1,77	1,71	1,66	1,61	1,56	1,52	1,48	1,44	1,40	0,00
22.500	2,40	2,28	2,17	2,08	1,99	1,92	1,84	1,78	1,72	1,67	1,62	1,57	1,53	1,49	1,45	1,42
25.000	2,50	2,37	2,26	2,16	2,07	1,99	1,92	1,85	1,79	1,73	1,68	1,63	1,59	1,54	1,51	1,47
27.500	2,60	2,47	2,35	2,24	2,15	2,06	1,99	1,92	1,85	1,79	1,74	1,69	1,64	1,60	1,56	1,52
30.000	2,70	2,56	2,44	2,33	2,23	2,14	2,06	1,99	1,92	1,86	1,80	1,75	1,70	1,65	1,61	1,57
32.500	2,80	2,65	2,52	2,41	2,31	2,21	2,13	2,05	1,98	1,92	1,86	1,80	1,75	1,71	1,66	1,62
35.000	2,90	2,75	2,61	2,49	2,39	2,29	2,20	2,12	2,05	1,98	1,92	1,86	1,81	1,76	1,71	1,67
37.500	3,00	2,84	2,70	2,58	2,46	2,36	2,27	2,19	2,11	2,04	1,98	1,92	1,86	1,81	1,77	1,72
40.000	3,09	2,93	2,79	2,66	2,54	2,44	2,34	2,26	2,18	2,11	2,04	1,98	1,92	1,87	1,82	1,77
42.500	3,19	3,02	2,87	2,74	2,62	2,51	2,41	2,33	2,24	2,17	2,10	2,04	1,98	1,92	1,87	1,82
45.000	3,29	3,12	2,96	2,82	2,70	2,59	2,49	2,39	2,31	2,23	2,16	2,09	2,03	1,97	1,92	1,87
47.500	3,39	3,21	3,05	2,91	2,78	2,66	2,56	2,46	2,37	2,29	2,22	2,15	2,09	2,03	1,97	1,92
50.000	3,49	3,30	3,14	2,99	2,86	2,74	2,63	2,53	2,44	2,36	2,28	2,21	2,14	2,08	2,03	1,97
52.500	3,59	3,40	3,22	3,07	2,94	2,81	2,70	2,60	2,50	2,42	2,34	2,27	2,20	2,14	2,08	2,02
55.000	3,69	3,49	3,31	3,15	3,01	2,89	2,77	2,67	2,57	2,48	2,40	2,32	2,25	2,19	2,13	2,07
57.500	3,79	3,58	3,40	3,24	3,09	2,96	2,84	2,73	2,63	2,54	2,46	2,38	2,31	2,24	2,18	2,12
60.000	3,88	3,67	3,49	3,32	3,17	3,04	2,91	2,80	2,70	2,61	2,52	2,44	2,37	2,30	2,23	2,17
62.500	3,98	3,77	3,57	3,40	3,25	3,11	2,98	2,87	2,77	2,67	2,58	2,50	2,42	2,35	2,29	2,22
65.000	4,08	3,86	3,66	3,49	3,33	3,19	3,06	2,94	2,83	2,73	2,64	2,56	2,48	2,40	2,34	2,27
67.500	4,18	3,95	3,75	3,57	3,41	3,26	3,13	3,01	2,90	2,79	2,70	2,61	2,53	2,46	2,39	2,32
70.000	4,28	4,05	3,84	3,65	3,49	3,33	3,20	3,07	2,96	2,86	2,76	2,67	2,59	2,51	2,44	2,37
72.500	4,38	4,14	3,92	3,73	3,56	3,41	3,27	3,14	3,03	2,92	2,82	2,73	2,64	2,57	2,49	2,42
75.000	4,48	4,23	4,01	3,82	3,64	3,48	3,34	3,21	3,09	2,98	2,88	2,79	2,70	2,62	2,54	2,47
77.500	4,58	4,32	4,10	3,90	3,72	3,56	3,41	3,28	3,16	3,04	2,94	2,84	2,76	2,67	2,60	2,52
80.000	4,68	4,42	4,19	3,98	3,80	3,63	3,48	3,35	3,22	3,11	3,00	2,90	2,81	2,73	2,65	2,58
82.500	4,77	4,51	4,27	4,07	3,88	3,71	3,55	3,41	3,29	3,17	3,06	2,96	2,87	2,78	2,70	2,63
85.000	4,87	4,60	4,36	4,15	3,96	3,78	3,63	3,48	3,35	3,23	3,12	3,02	2,92	2,83	2,75	2,68
87.500	4,97	4,70	4,45	4,23	4,04	3,86	3,70	3,55	3,42	3,29	3,18	3,08	2,98	2,89	2,80	2,73
90.000	5,07	4,79	4,54	4,31	4,11	3,93	3,77	3,62	3,48	3,36	3,24	3,13	3,03	2,94	2,86	2,78
je weitere angefangene 2.500 km	0,10	0,09	0,09	0,08	0,08	0,07	0,07	0,07	0,07	0,06	0,06	0,06	0,06	0,05	0,05	0,05

Tarifsätze in Pfennigen pro Liter

Jahres- kilometer bis	Jahresmilchmenge - in tausend Litern - bis																	12 000 und mehr
	8 000	8 250	8 500	8 750	9 000	9 250	9 500	9 750	10 000	10 250	10 500	10 750	11 000	11 250	11 500	11 750		
20.000	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
22.500	1,39	1,36	1,33	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
25.000	1,44	1,41	1,38	1,35	1,33	1,31	1,28	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
27.500	1,48	1,46	1,43	1,40	1,37	1,35	1,32	1,30	1,28	1,26	1,24	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
30.000	1,53	1,51	1,47	1,44	1,41	1,39	1,36	1,34	1,32	1,30	1,28	1,26	1,24	1,22	1,20	0,00	0,00	
32.500	1,58	1,55	1,52	1,49	1,46	1,43	1,41	1,38	1,35	1,34	1,31	1,29	1,27	1,25	1,23	1,22	1,20	
35.000	1,63	1,60	1,56	1,53	1,50	1,47	1,45	1,42	1,39	1,37	1,35	1,33	1,31	1,29	1,27	1,25	1,23	
37.500	1,68	1,65	1,61	1,58	1,54	1,52	1,49	1,46	1,43	1,41	1,39	1,37	1,34	1,32	1,30	1,28	1,27	
40.000	1,73	1,69	1,66	1,62	1,59	1,56	1,53	1,50	1,47	1,45	1,43	1,40	1,38	1,36	1,34	1,32	1,30	
42.500	1,78	1,74	1,70	1,66	1,63	1,60	1,57	1,54	1,51	1,49	1,46	1,44	1,41	1,39	1,37	1,35	1,33	
45.000	1,83	1,79	1,75	1,71	1,67	1,64	1,61	1,58	1,55	1,53	1,50	1,47	1,45	1,43	1,40	1,38	1,36	
47.500	1,87	1,84	1,79	1,75	1,72	1,69	1,65	1,62	1,59	1,57	1,54	1,51	1,49	1,46	1,44	1,42	1,40	
50.000	1,92	1,88	1,84	1,80	1,76	1,73	1,69	1,66	1,63	1,60	1,57	1,55	1,52	1,50	1,47	1,45	1,43	
52.500	1,97	1,93	1,89	1,84	1,80	1,77	1,73	1,70	1,67	1,64	1,61	1,58	1,56	1,53	1,51	1,48	1,46	
55.000	2,02	1,98	1,93	1,89	1,85	1,81	1,78	1,74	1,71	1,68	1,65	1,62	1,59	1,57	1,54	1,52	1,49	
57.500	2,07	2,03	1,98	1,93	1,89	1,85	1,82	1,78	1,75	1,72	1,69	1,66	1,63	1,60	1,57	1,55	1,53	
60.000	2,12	2,07	2,02	1,98	1,93	1,90	1,86	1,82	1,78	1,76	1,72	1,69	1,66	1,64	1,61	1,58	1,56	
62.500	2,17	2,12	2,07	2,02	1,98	1,94	1,90	1,86	1,82	1,79	1,76	1,73	1,70	1,67	1,64	1,62	1,59	
65.000	2,21	2,17	2,11	2,07	2,02	1,98	1,94	1,90	1,86	1,83	1,80	1,77	1,73	1,70	1,68	1,65	1,62	
67.500	2,26	2,21	2,16	2,11	2,06	2,02	1,98	1,94	1,90	1,87	1,84	1,80	1,77	1,74	1,71	1,68	1,66	
70.000	2,31	2,26	2,21	2,15	2,10	2,07	2,02	1,98	1,94	1,91	1,87	1,84	1,81	1,77	1,74	1,72	1,69	
72.500	2,36	2,31	2,25	2,20	2,15	2,11	2,06	2,02	1,98	1,95	1,91	1,87	1,84	1,81	1,78	1,75	1,72	
75.000	2,41	2,36	2,30	2,24	2,19	2,15	2,10	2,06	2,02	1,98	1,95	1,91	1,88	1,84	1,81	1,78	1,75	
77.500	2,46	2,40	2,34	2,29	2,23	2,19	2,15	2,10	2,06	2,02	1,98	1,95	1,91	1,88	1,85	1,82	1,79	
80.000	2,51	2,45	2,39	2,33	2,28	2,23	2,19	2,14	2,10	2,06	2,02	1,98	1,95	1,91	1,88	1,85	1,82	
82.500	2,55	2,50	2,44	2,38	2,32	2,28	2,23	2,18	2,14	2,10	2,06	2,02	1,98	1,95	1,91	1,88	1,85	
85.000	2,60	2,55	2,48	2,42	2,36	2,32	2,27	2,22	2,17	2,14	2,10	2,06	2,02	1,98	1,95	1,92	1,88	
87.500	2,65	2,59	2,53	2,47	2,41	2,36	2,31	2,26	2,21	2,18	2,13	2,09	2,05	2,02	1,98	1,95	1,92	
90.000	2,70	2,64	2,57	2,51	2,45	2,40	2,35	2,30	2,25	2,21	2,17	2,13	2,09	2,05	2,02	1,98	1,95	
je weitere angefangene 2.500 km	0,05	0,05	0,05	0,04	0,04	0,04	0,04	0,04	0,04	0,04	0,04	0,04	0,04	0,03	0,03	0,03	0,03	

Artikel II

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1986 in Kraft.

Düsseldorf, den 4. Dezember 1985

Der Minister
für Stadtentwicklung, Wohnen und Verkehr
des Landes Nordrhein-Westfalen

Christoph Zöpel

– GV. NW. 1985 S. 738.

20320

**Zehnte Verordnung
zur Änderung der Verordnung zur Abgeltung
der Bürokosten der Gerichtsvollzieher**

Vom 6. Dezember 1985

Aufgrund des § 49 Abs. 3 des Bundesbesoldungsgesetzes und des § 1 Nr. 3 der Verordnung zur Übertragung besoldungsrechtlicher Zuständigkeiten vom 2. September 1975 (GV. NW. S. 544), geändert durch Verordnung vom 5. September 1978 (GV. NW. S. 498), wird im Einvernehmen mit dem Finanzminister verordnet:

Artikel I

Die Verordnung zur Abgeltung der Bürokosten der Gerichtsvollzieher vom 23. Januar 1976 (GV. NW. S. 52), zuletzt geändert durch Verordnung vom 22. November 1984 (GV. NW. S. 751), wird wie folgt geändert:

1. In § 2 Abs. 1 wird in Satz 2 die Zahl „59“ durch die Zahl „56“ ersetzt.
2. In § 3 Abs. 2 wird in Satz 1 die Zahl „23 400“ durch die Zahl „24 200“ ersetzt.

Artikel II

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1985 in Kraft.

Düsseldorf, den 6. Dezember 1985

Der Justizminister
des Landes Nordrhein-Westfalen

Rolf Krumsiek

– GV. NW. 1985 S. 742.

Einzelpreis dieser Nummer 1,85 DM

Bestellungen, Anfragen usw. sind an den August Bagel Verlag zu richten. Anschrift und Telefonnummer wie folgt für

Abonnementsbestellungen: Grafenberger Allee 100, Tel. (0211) 68 88/238 (8.00–12.30 Uhr), 4000 Düsseldorf 1

Bezugspreis halbjährlich 47,50 DM (Kalenderhalbjahr). Jahresbezug 95,— DM (Kalenderjahr), zahlbar im voraus. Abbestellungen für Kalenderhalbjahresbezug müssen bis zum 30. 4. bzw. 31. 10., für Kalenderjahresbezug bis zum 31. 10. eines jeden Jahres beim Verlag vorliegen.

Die genannten Preise enthalten 7% Mehrwertsteuer

Einzelbestellungen: Grafenberger Allee 100, Tel. (0211) 68 88/241, 4000 Düsseldorf 1

Einzellieferungen gegen Voreinsendung des vorgenannten Betrages zuzügl. Versandkosten (je nach Gewicht des Blattes), mindestens jedoch DM 0,80 auf das Postscheckkonto Köln 85 16-507. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.) Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer beim Verlag vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Haroldstraße 5, 4000 Düsseldorf 1

Verlag und Vertrieb: August Bagel Verlag, Grafenberger Allee 100, 4000 Düsseldorf 1

Druck: A. Bagel, Graphischer Großbetrieb, 4000 Düsseldorf 1

ISSN 0177-5359